

Über Ethik in der Politik

Autor(en): **Iten, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **72 (1992)**

Heft 3

PDF erstellt am: **06.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165024>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Andreas Iten

Über Ethik in der Politik

Der oberste Zweck des Staates ist ein moralischer. Der Staat soll das für den Menschen Gute und Rechte anstreben. Das Gemeinwohl steht vor den Privatinteressen. Die allgemeine Wohlfahrt ist wichtiger als die Befriedigung der Wünsche einzelner Gruppen. Das für die Allgemeinheit Gute ist der Zweck der Politik. Damit ist die Politik im Grunde moralisch. Erst wo sie von dieser Zielsetzung abweicht, wird sie unmoralisch. Die Öffentlichkeit erachtet es als selbstverständlich, dass die Politiker moralisch handeln. Sie reagiert heftig, wenn die Prinzipien der Ethik verletzt werden. Die menschliche Würde beruht im sittlichen Handeln. Es erniedrigt den Menschen, wenn er sich am Sittengesetz vergeht und gegen die Menschenwürde anderer verstösst. *Michail Gorbatschow* sagte bei seiner Rücktrittsrede: *«Ich denke, es ist von lebenswichtiger Bedeutung, die demokratischen Errungenschaften der vergangenen Jahre zu bewahren. Wir haben sie mit dem Leid unserer ganzen Geschichte bezahlt, mit unserer tragischen Erfahrung. Sie dürfen unter keinen Umständen und unter keinem Vorwand aufgegeben werden, sonst werden all unsere Hoffnungen für eine bessere Zukunft begraben. Ich spreche dies offen und ehrlich aus. Dies ist meine moralische Pflicht.»*

Der grosse Staatsmann, aber auch der einfache Politiker auf allen Ebenen des Staates hat sein Handeln nach der Moralität auszurichten. Als Exponent der Gemeinschaft muss er sich an eine intersubjektiv anerkannte, in Gewohnheiten und Traditionen institutionalisierte Moral halten. Wer dies nicht tut, erfährt die Missbilligung der Mehrheit des Volkes. Verschiedene Affären der letzten Jahre haben erkennen lassen, dass die Öffentlichkeit das moralische Fehlverhalten verurteilt. Lob und Tadel, Wahl und Abwahl sind die Mittel, mit denen man eine Politik billigen oder missbilligen kann. Auf die Frage: Wie kann man eine Regierung einigermaßen unter Druck halten, dass sie nicht allzu schlimme Dinge tut? antwortete *Karl Popper*: *«Indem man sie absetzen kann. Das Wesentliche einer Demokratie ist, dass man die Regierung ohne Blutvergiessen absetzen kann.»* Aber, so könnte man fragen, werden die Politiker in der Erwartung gewählt, dass sie moralisch handeln? Werden sie nicht vielmehr aus der Optik der privaten Interessen gewählt? Steht das grösstmögliche Gemeinwohl beim Wahlentscheid im Vordergrund, was moralisch wäre, oder das grösstmögliche Wohl einer Gruppe? Wäre letzteres der Fall, dann würde dies bedeuten, dass die moralischen Überlegungen bei den Wahlen nicht stark ins Gewicht fallen. Die Frage lässt sich nicht leicht beantworten. Es ist ein Problem des politischen und moralischen Bewusstseins, aber auch des Sachwissens und der Sachkenntnis, was

als das grösstmögliche Gemeinwohl zu werten ist. Oft erweist sich die Durchsetzung des grösstmöglichen Interesses einer Gruppe nicht nur als schlechte Lösung für die Verwirklichung des Gemeinwohls, sondern direkt oder indirekt auch für die Gruppeninteressen. Es liessen sich hier Beispiele aus der Steuer-, der Sozial- und der Umweltpolitik anfügen.

Häufig geht es in der Politik nicht um die höchsten Ziele der Gemeinschaft und um die wichtigsten Staatszwecke, sondern lediglich um die zweckmässigen und angemessenen Mittel. Der Streit um Mittel wirft kaum moralische Probleme auf. *«Mit der Erkenntnis, dass Diskussionen über Mittel keine moralischen Auseinandersetzungen sind, scheidet aus dem Bereich der Ethik ein sehr grosser Teil der praktischen Probleme aus, über die Meinungsverschiedenheit herrscht»*, sagt *Bertrand Russel*. Wenn es um Verfassungsnormen oder um den Zweck eines Gesetzes geht, können sich die Parteien oft sehr rasch einigen. Im Zweckartikel wird der moralische Anspruch formuliert. Wenn beim Zweckartikel echte Meinungsverschiedenheiten auftreten, ist die moralische Streitfrage mit Vernunftgründen oft schwierig zu entscheiden. Religiöse oder ideologische Vorentscheidungen verhindern den Konsens. So etwa mag es bei der Abtreibungsfrage oder bei der Gentechnologie sein.

Keine «Spezialethik» für Politiker

Wenn in der Politik nicht stets ethische Fragen die Diskussion beherrschen, dann heisst das nicht, sie seien nicht präsent. Im Normalfall sind unsere Handlungen in einen sittlichen Lebenszusammenhang eingebettet, und den Menschen ist klar, worin ihre Pflichten bestehen. Es gibt keine Extra-Ethik für Politiker, sowie es keine für Wissenschaftler und Unternehmer gibt. Der Anspruch an die Politiker ist der gleiche wie an alle Bürgerinnen und Bürger: Alle menschlichen Entscheidungen und Handlungen haben sich nach ethischen Kriterien auszurichten.

Wenn nun Politiker öfter als andere Bürger ins Gerede kommen und der Eindruck entsteht, Politik sei kein ethisch sauberes Geschäft, so liegt das an den speziellen Bedingungen der politischen Tätigkeit. Sie ist wie kaum ein anderer Lebensbereich der Kritik zugänglich. In der Politik treffen Interessengegensätze aufeinander, die öffentlich ausgetragen werden. Es geht um die gerechte Verteilung der Güter. Es geht aber auch um die Bändigung des natürlichen Egoismus. Motive wie Gewinnsucht, Wettbewerb, Eitelkeit, Ruhmsucht und Machtstreben spielen eine nicht unbedeutende Rolle. Die Geschichte erweist sich als ein üppiges und anschauliches Tummelfeld dieser Motive. Der Mensch lässt sich von ihnen bewegen, und oft genug treiben sie ihn ins Masslose. Wer Macht besitzt, will mehr Macht. Wer

Publizität genießt, sucht nach Mitteln und Möglichkeiten, sie zu vermehren. Wer grosse Gewinne erzielt, kann die Gewinnsucht kaum in Schranken halten. Um diese Bedürfnisse und Wünsche, Begehrlichkeiten und Strebungen zu befriedigen, scheint manchem die Politik ein günstiges Umfeld und eine gute Basis zu sein.

Ethische Schranken der Macht

Die Ethik nun ist der Versuch, diese Triebkräfte einzudämmen, der Parteilichkeit und dem Machtmissbrauch entgegenzuwirken und die *«Menschen zu veranlassen, bei ihrem Handeln genauso an das Wohl anderer zu denken wie an ihr eigenes»* (Russell). Das gewünschte Ergebnis aber ist nicht durch sittliche Ermahnungen und Appelle zu erreichen, *«sondern eher durch soziale Einrichtungen und durch eine öffentliche Meinung, die es, soweit möglich, zum Interesse eines jeden macht, so zu handeln, wie es das allgemeine Interesse erfordert»* (Russell). Wenn wahr ist, was die Erfahrung lehrt, dass, wer Macht hat, sie meistens missbraucht, muss durch institutionelle Vorkehrungen der Machtbesitz und Machtgebrauch eingeschränkt werden. Wenn der Eigennutz, der als starke Triebkraft den Motor der Wirtschaft in Schwung hält, der Gesellschaft dienen soll, muss der Mensch durch die öffentliche Meinung dahin gebracht werden, so zu handeln, wie es das allgemeine Interesse erfordert. Wir wissen, dass das Moralbewusstsein des Kommunismus in den ehemaligen Ostblock-Ländern zu einer Entwicklung geführt hat, die dem Gemeinwohl ihrer Völker nicht gedient hat. *«Die Unterdrückung des wirtschaftlichen Egoismus hat nicht dazu geführt, dass sich eine umfassende Identifikation mit dem Gemeinwohl wirklich durchgesetzt hat – sie hat einerseits bestimmte Formen der Heuchelei, andererseits eine Schattenwirtschaft gefördert, deren Korruption die moralisch abstossendsten Erscheinungen des westlichen Kapitalismus durchaus übertrifft»* (Vittorio Hösle).

Es ist sinnlos und moralisch kaum zu verantworten, den wirtschaftlichen «Egoismus» durch ein ideologisches System negieren zu wollen. Es kommt vielmehr darauf an, ihn auf moralisch akzeptierbare Zwecke auszurichten. In diesem Sinne kommt der Privatinitiative ein hoher Stellenwert zu.

Wenn der wirtschaftliche und ideologische Kollaps der Sowjetunion zum Anlass genommen wird, die freie Marktwirtschaft zu loben und der Dynamisierung der Wirtschaftstätigkeit unkritisch das Wort zu reden, dann kann das wohl kaum im wohlverstandenen Interesse der Weltgesellschaft sein. Darauf macht m. E. der *Club of Rome* zu Recht aufmerksam, wenn er darauf hinweist, dass in den Kräften des Marktes kein Allheilmittel gesehen werden dürfe. *«Der Markt»*, schreiben die Verfasser, *«kümmert sich nicht um*

Langzeitfolgen, um das Wohl künftiger Generationen oder um Ressourcen, die Gemeingut sind. Der Markt reagiert im wesentlichen auf kurzfristige Signale, deshalb kann der Versuch, aus gewissen Hinweisen, die er liefert, auf langfristige Erfordernisse zu schliessen, in eine völlig falsche Richtung führen. Das System der marktwirtschaftlich orientierten Länder beruht auf dem Prinzip des Wettbewerbs und fördert den Eigennutz und letztlich die Habgier. Gäbe es keinerlei Beschränkungen, würde das brutale Wirken der Marktkräfte zu Ausbeutung, Vernachlässigung sozialer Aufgaben, Zerstörung der Umwelt und Verschwendung der Ressourcen führen, die lebenswichtig für die Zukunft sind. Doch Industrie und Handel stimmen mit der Forderung der Gesellschaft überein, dass man sich auf bestimmte ethische Grundsätze einigen muss, die dem Markt Grenzen setzen; insofern reguliert sich das System bis zu einem gewissen Grad selbst.»

Gemeinschaftsverträgliche Freiheit

Wenn die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz den Satz: «*Freiheit gewinnt*» zum Slogan für die Nationalratswahlen erkoren hat, tat sie dies m. E. unkritisch und wenig zukunftsbezogen. Welche Freiheit ist gemeint? Ist es die Freiheit des Eigennutzes? Ist es die Freiheit des Individuums, die im Staat und seinen Gesetzen einen Vogt sieht? Wie steht es dann mit dem Missbrauch der Freiheit? Freiheit ist nur fruchtbar, wenn sie dem Gemeinwohl keinen Schaden zufügt. Die Freiheit muss «*compossible*», d. h. sie muss mit der Freiheit der anderen verträglich sein. Bertrand Russell meint: «*Die Wünsche derer, die einander wohlwollen, sind miteinander verträglich; diejenigen aber, die sich gegenseitig übelwollen, sind miteinander unverträglich.*» So ist es auch mit den Freiheiten. Die Wünsche nach Freiheit müssen kompossibel sein. Im Sinne der Ethik kann nur jene Freiheit gewinnen, die dem Gemeinwohl dient; die Freiheit also, die verträglich ist mit den obersten Zielen der Gemeinschaft. Ich würde den undifferenzierten und irreleitenden Wahlspruch so schnell wie möglich vergessen und die Ziele der Partei auf die Verwirklichung einer sozial-ökologischen Gesellschaft ausrichten. Der politische Einfluss muss dahin gehen, die Unternehmer und die Bevölkerung zu bewegen, das wirtschaftliche Handeln nach ökologisch verträglichen Prinzipien umzugestalten. Die Ethik des politischen Handelns muss auch Fragen der Zukunft, des Überlebens, der Ökologie, der Natur einbeziehen.

Nach all dem Gesagten hat der Staat Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine soziale und ökologische Marktwirtschaft erhalten und ermöglichen. Wir reden einer Gesellschaft das Wort, die sich am Wohl des Menschen orientiert. Dieses Wohl kann nicht in unendlichem materiellem Wachstum

und in einer steten Steigerung des Konsums bestehen. Diese quantitativen Wachstumsziele sind durch qualitative zu ergänzen und zu ersetzen. Das Wohl des Menschen schliesst das Selbstsein, die Freiheit und Selbstverantwortung, die Achtung und die Menschenwürde, die Sinnerfahrung, das Verhältnis zum Mitmenschen und zur Natur ein. *Robert Spaemann* sagt zu Recht: «*Der Gedanke einer Befreiung des Menschen durch blosser Naturbeherrschung verkennt, dass der Mensch selbst ein Stück Natur ist und Naturbeherrschung immer auch Menschenbeherrschung heisst.*» Daraus leitet er die Alternative ab, dass es entweder gelinge, das Herrschaftsverhältnis über die Natur in ein neues, sich erst in vagen Zügen abzeichnendes Verhältnis von Mensch und Natur einzubeziehen, oder der Mensch werde selbst zu einem Opfer seiner eigenen Naturbeherrschung. Die Ethik der Politik, wenn sie sich am Wohl des Menschen orientiert, ist also um eine Dimension zu erweitern. Die Natur, die in der neuzeitlichen Rechtsphilosophie allgemein als rechtlos galt, muss ihre Rechte bekommen. Sie verdient ebenso unser Wohlwollen wie die Mitmenschen. Wohlwollend handeln wir, wenn wir das den Mitmenschen und der Mitwelt Zutragliche im Auge haben.

Gemeinnutz als ethisches und politisches Prinzip

In der Geschichte unseres Landes und dessen Politik spielt die Förderung des Gemeinwohls als oberstes Staatsziel eine grosse Rolle; wenn auch nicht zu allen Zeiten klar war, was man darunter zu verstehen hatte. So trat etwa zur Zeit der Industrialisierung des letzten Jahrhunderts die soziale Frage in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Privatrechtliche und politische Gleichheit liess sich bei krasser sozialer Ungleichheit nicht verwirklichen. Gleichheit und Gemeinnutz waren die gesellschaftlichen Grundlagen der gemeindlichen Ordnung in der alten Eidgenossenschaft. Das Land- und das Stadtrecht sorgten dafür, dass ein gewisser Ausgleich zwischen arm und reich zustande kam. So beschloss etwa die Urner Landsgemeinde, die Säumerrechte am Gotthard auf die Bürger gleichmässig im Sinne von Gerechtigkeiten zu verteilen. Damit konnte verhindert werden, dass einige wenige Familien die neue Erwerbsquelle für sich beanspruchen konnten. *Peter Blickle*, der die Verfassungen der alten Orte aufgrund der neuesten Quellenforschung im Werk «*Innerschweiz und die frühe Eidgenossenschaft*» erläutert, schreibt: «*Wenn der Bund der drei Länder vom Jahre 1291 den Anfang der Eidgenossenschaft als eines neuen politischen Systems markiert, dann tritt mit ihm auch der Gemeinnutz als das Begründungsprinzip in die mittelalterliche Geschichte ein.*» Interessant ist die Wirkungsgeschichte dieses ethischen und politischen Prinzips. Sie liesse sich an vielen Beispielen deutlich machen, nicht zuletzt an der Geschichte *Hans Wald-*

manns und am Schicksal der *Zurlauben* in Zug. Ein schönes Zeugnis findet sich in *Gottfried Kellers «Fähnlein der sieben Aufrechten»*. «Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für Unfug treiben!» Er fährt dann fast prophetisch weiter: «Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahmentuch.» In Gottfried Kellers Bild der Schweiz kommt dem Mittelstand eine staatspolitisch wichtige Ausgleichsfunktion zu. Dieses Bild beruht auf Überlieferung und Tradition und fusst auf dem Gedanken des Gemeinnutzens, der in den örtlichen Verfassungen verankert war.

Alle mögen anerkennen, dass Politik und Ethik sich auf die Harmonisierung der öffentlichen und privaten Interessen auszurichten haben. Der Staatszweck ist erreicht, wenn das Einzelwohl und das Gemeinwohl übereinstimmen. Der Realist wird aber zugestehen, dass dies nicht gelingt. Die Versuchung, die Macht und den politischen Einfluss zu gebrauchen, um Einzelinteressen durchzusetzen und sich Vorteile zu verschaffen, ist zu gross. Appelle an die Verantwortungsträger, ethisch zu handeln, sichern keine Politik im wohlverstandenen Interesse aller. Und obwohl der liberale Staat auf Voraussetzungen beruht, die er nicht selbst garantieren kann (*Hermann Lübbe*), nämlich auf dem Ethos seiner Bürgerinnen und Bürger, stimme ich *Bertrand Russell* zu, wenn er sagt, dass das gewünschte Verhalten mehr durch soziale Einrichtungen und durch die Bildung einer öffentlichen Meinung zu erreichen sei als durch sittliche Ermahnung. Es ist typisch, dass vom früheren Slogan der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz: *Mehr Freiheit und Selbstverantwortung, weniger Staat!* das Wort *Selbstverantwortung* vergessen ging oder unterschlagen wurde. Daraus folgere ich, dass die staatliche Organisation und die Regeln der politischen Auseinandersetzung institutionell so gestaltet werden müssen, dass die menschlichen Schwächen wenig ins Gewicht fallen. Es muss hier nicht besonders betont werden, dass die demokratische Verfassung der Schweiz ein gutes Vehikel für eine dem Land dienliche Politik ist. Sie steht auf ethischen Fundamenten.

Gleichgewicht, beherrschbare Grösse, Kompromiss und Konsens

Abschliessend sollen vier Prinzipien in Erinnerung gerufen werden, die für die Gestaltung einer ethisch begründeten Politik vonnöten sind.

Eine der ältesten politischen Ordnungsvorstellungen ist die Vorstellung vom *Gleichgewicht*. Von der Gleichgewichtslage der Kräfte einer Gesellschaft hängt der Freiheitsgrad der Handelnden ab. «*Nur dort, wo sich Kräfte des Gleichgewichts halten, kann der Faktor menschlichen Wollens und Wirkens überhaupt ins Gewicht fallen (. . .) Handlungsfreiheit gewinnen, setzt Schaffung einer Gleichgewichtslage voraus*» (Gadamer). Dieses Prinzip gilt es besonders in einer Zeit der Überwucherung des Lebens mit technischen Superstrukturen von ungeheurer Systemkomplexität zu beachten. Die drohende Umweltkatastrophe verschiebt das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur. Sie raubt dem Menschen die Handlungsfreiheit. Er gewinnt sie erst wieder zurück, wenn die Gleichgewichtslage wieder hergestellt ist. Die Wucherung von Maxi- und Mega-Unternehmen verletzt das Prinzip des Gleichgewichts im Wirtschaftsraum. Die Grösseren fressen die Kleinen auf. Es entstehen Abhängigkeiten. Es stellt sich ein Verlust an Freiheit ein. Beim Zusammenbruch von Grossunternehmen in Form von babylonischen Spekulationstürmen (wie das *Maxwell-Imperium* und die *Omni-Holding*) stürzen auch Menschen ins Unglück. Sie bezahlen die unwürdige Abhängigkeit vom Grössenwahn eines Menschen mit grossen Verlusten an Geld und Arbeit. Die Masslosigkeit ist gefährlich und ethisch fragwürdig. Eine moderne Ethik der Politik müsste aufzeigen, wo die Grenzen des Wachstums eines Unternehmens zu ziehen sind. Daran schliesst ein *zweiter* Grundsatz an:

Dort, wo das *Prinzip der beherrschbaren Grösse* verletzt wird, gibt es keine liberale Demokratie. Das Volk wird entmachtet. Es entstehen politische Grössen, die das Steuerbare überschreiten. Die zerfallene Sowjetunion mag dafür als abschreckendes Beispiel dienen. Europa muss sich in Acht nehmen vor Politikern und Europa-Funktionären, die das Heil in der Grösse suchen. Die skeptische Zurückhaltung der Schweizer ist durchaus angebracht. Der Föderalismus ist das System der Machtverteilung und der Machtbeschränkung. Unter ethischen Gesichtspunkten ist der Föderalismus allen zentralistischen Tendenzen vorzuziehen.

An *dritter* Stelle ist der *Kompromiss* zu erwähnen. Er ist ein gutes politisches Handlungsprinzip, weil er die Menschen zwingt, sich auf Lösungen zu einigen. Der Kompromiss erlaubt keine Gewaltlösungen. Darum sollte man das sogenannte Konkordanzsystem nicht unbesehen über Bord werfen. In einer Konkordanzdemokratie wird die Suche nach dem Kompromiss zum Prinzip.

Schliesslich ist *viertens* in einer Gesellschaft, die nach ethischen Normen handelt, die *Suche nach dem Konsens* von Bedeutung. Man kann von der Regel ausgehen: «*Je mehr Konsens, desto weniger Gewalt und umgekehrt*» (Hösle). Wir leben in einer Zeit des Paradigma-Wechsels. Die Ökologie wird zu einem neuen Wertsystem. Es herrscht aber noch kein Grundkonsens

über die Werte, die in der Zukunft Vorrang haben. Das ist einer der Gründe, warum heute ein gemeinsames politisches Handeln erschwert ist. Die Polarisierung mit dem Zerfall des politischen Dialogs und des politischen Anstandes sind nicht nur in der Schweiz zu beobachten, sie beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit aller westlichen Demokratien. Der *Club of Rome* macht sich hierüber Sorgen. Er schreibt: *«Es liegt keineswegs in unserer Absicht, gegen Parteipolitik zu argumentieren, doch es gibt triftige Gründe dafür, in Politik und Wirtschaft verstärkt auf ein Umdenken in Richtung Konsensbildung hinzuwirken. In Anbetracht der ernstesten Entscheidungen, die in naher Zukunft anstehen, könnten künstlich geschürte Rivalitäten zwischen den Parteien, die nur auf Stimmenfang bei den nächsten Wahlen abzielen und oft nicht einmal auf tatsächlichen ideologischen Differenzen beruhen, in die Katastrophe führen. Es ist unbedingt erforderlich, dass die politischen Parteien, die sich als Hüter des nationalen Wohls verstehen, ein Höchstmass an Gemeinsamkeiten herstellen, wenn wir die vielen Stürme, die uns bevorstehen, meistern wollen.»*

Dem ist beizupflichten. Das Aufkommen radikaler Parteien an den Flügeln des politischen Spektrums ist ein Indiz für den fehlenden Grundkonsens in der Bevölkerung, und auf das Ringen um diesen Grundkonsens kann und darf nicht verzichtet werden. Der liberale Staat beruht – wie Hermann Lübke aufgezeigt hat – auf Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann. Die ethische Haltung ist eine solche Voraussetzung. Ohne sie funktioniert er nicht. Ohne Moral kann der Staat seinen Zweck nicht erreichen. In einem Staat ohne Moral herrscht weder Wohlwollen noch Glück.

Benützte Literatur:

Peter Blickle: Innerschweiz und die frühe Eidgenossenschaft. Verfassung, Kirche, Kunst, Bd I, Walter Verlag, Olten 1990.

Club of Rome: Die globale Revolution. Spiegel Spezial, Hamburg 1991.

Simone de Beauvoir: Auge um Auge. Artikel zu Politik, Moral und Literatur 1945–1955. Rowohlt, Reinbek 1987.

Vittorio Hösle: Philosophie der ökologischen Krise. Moskauer Vorträge. Beck, München 1991.

Bertrand Russell: Moral und Politik. Fischer, Frankfurt am Main 1988.

Karl Popper: Ich weiss, dass ich nichts weiss und kaum das, Ullstein, Frankfurt am Main / Berlin 1991.

Robert Spaemann: Glück und Wohlwollen. Versuch über Ethik. Klett-Cotta, Stuttgart 1989.

Robert Spaemann und Reinhard Löw: Die Frage Wozu? Geschichte und Wiederentdeckung des teleologischen Denkens. Piper, München 1989.